

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden.
Telegraphische Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachdruckrechte: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 18. März 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung für Haus 1,50 DM.
Postzettelpreis für Montag 3 Pfennig 3 Pfennig.

Unzeigen-Preise:
Zeile 10 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne
Sobald 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pf.,
außerhalb 200 Pf., Oberklassen-Zeile 10 Pf., Auszug, Aufträge usw. Vorausebezahlt.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38-42.
Druck u. Verlag von Siepmann & Reichardt in Dresden,
Postleitzahl-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nod.“ zulässig. Unterlassene Schriften werden nicht aufbewahrt.

Chamberlain lobt das Genfer Ergebnis.

Skeptizismus englischer Blätter. — Die Saarbahnhochgruppe „überflüssig“ genannt.

Das Ratskomitee berät die Maßnahmen bei drohender Kriegsgefahr. — Der Finanzausgleich im Steuerausschuss.

Ein Neuerer-Interview.

London, 14. März. Sir Austen Chamberlain traf gestern abend in Begleitung seiner Gemahlin aus Genf wieder in London ein. Der Minister wurde auf dem Bahnhof von dem ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office, Turrell, empfangen, von dem er sich in einer kurzen Unterredung über die allgemeine politische Lage unterrichtete. (T. U.)

London, 14. März. Chamberlain erklärte nach seiner Rückkehr nach London einem Reuter-Vertreter u. a.: Während der letzten Ratsbeschlüsse hatten wir keine Zusammenkünste von Gruppen, keine heimlichen internationalen Versammlungen. Das über das Saargebiet eine Vereinbarung erzielt wurde, ist ein hinreichend sicherer Beweis für den Fortschritt des Völkerbundes. Bei dieser Gelegenheit gab es weder Sieger noch Besiegte. Ich halte die Regelung für sehr gut, denn jede Seite hat erreicht, woran sie den größten Wert legte. Von den drei schwierenden Fragen wurden die beiden wichtigsten geregelt.

Die Frage der deutschen Schulen in Oberschlesien wurde tatsächlich geregelt durch ein Übereinkommen zwischen Polen und Deutschen als den beiden unmittelbar beteiligten Parteien. Dies bedeutet eine befriedigende Entwicklung zwischen Polen und Deutschland, und ich glaube, daß es zu einer befriedigenden Wölbung auch der anderen noch ausstehenden Fragen kommen wird. — In der Saarfrage zeigten die Vertreter Frankreichs und Deutschlands das französisch-deutsche Verständnis für den Standpunkt des anderen, selbst wenn sie ihm nicht anschließen konnten. Dies war sicherlich eine der wichtigsten Sitzungen des Völkerbundes, denen ich beigejewohnt habe. Nach meiner Ansicht arbeitet der erweiterte Völkerbundsrat außerordentlich gut. Es ist bemerkenswert, daß während dieser Ratsession zwar viele Einzelbesprechungen zwischen einzelnen Staatsmännern stattgefunden haben, aber keine Konferenzen außerhalb des Völkerbundsrats. Dies zeigt, wie anders die Beziehungen zwischen Deutschland und uns seit Locarno geworden sind. Stresemann darf man zu der sehr nützlichen und erfolgreichen Tagung Glück wünschen.

Die überflüssige Saarhochgruppe.

Englische Blätterstimmen zu Genf.

London, 14. März. Der Genfer Berichterstatter der „Daily News“ schreibt für jemanden, der unter die Oberfläche blickt, war die Sitzung des Völkerbundsrats am Sonnabend in manchen Beziehungen die wichtigste in der ganzen Geschichte des Völkerbundes. Der Geist, in dem die Debatte über die Saarfrage geführt wurde und der Charakter des erreichten Kompromisses stellen eine überzeugende Antwort an die Pessimisten dar, die prophezeit hatten, daß Deutschlands einzige

Beschäftigung in Genf sein werde, Obstruktion zu treiben. Die ganze Ratsbildung hat gezeigt, daß der deutsche Minister bereit ist einer der persönlich wertvollsten Mitglieder des Völkerbundsrates ist.

In einem Leitartikel bezeichnet „Daily News“ das Saarkompromiß als befriedigend und sagt: Der Versuch, die Saar zu französischen Interessen ist völlig mißlungen. Endlich, wenn auch widerwillig, haben die französischen Staatsmänner sich ins Unvermeidliche getrieben. Die vollkommen überflüssige Belehrungsstimmung von 8000 französischen Soldaten wird in drei Monaten zurückgezogen werden und an ihrer Stelle wird eine unseres Erachtens ebenso unnötige Truppe von 800 Belgern, Franzosen und Engländern stehen. Auch diese müssen bestimmt zurückgezogen werden, wenn das Rheinland völlig geräumt ist.

Die Umstände werden die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland lange vor der Volksabstimmung von 1935 erzwingen und je eher dies erfolgt, um so besser.

„Daily Chronicle“ schreibt: Vom europäischen Standpunkt aus ist es von großer Wichtigkeit, daß ein Mann wie Dr. Stresemann gestärkt werden. Ebenso wie in Frankreich Briand, tritt er für die vernünftige Politik des Zusammensetzens und des guten Europäertums in Einklang mit dem Völkerbund ein. Zwecklos ist der größere Teil des deutschen Volkes für seine Politik, aber diese Politik erscheint den Nationalisten noch immer, gelinde ausgedrückt, verdächtig. Jedes Jugehandnis, das Dr. Stresemann für sein Land durch Vernunft gewinnt, ist ein Argument zugunsten der Vernunft. Wenn die Franzosen sich beruhigen, in der Rheinlandfrage nicht auf ihrem Pfund Fleisch zu beobachten, und durch eine schöne Weise die Belehrung verfüren, so würde über eine seine Beobachtungsgabe versuchen und für Menschenbehandlung befähigt sind, müssen hier in die Breite springen. Diplomatik ist nicht erlernbar: jede Bildung, d. h. jede Fachausbildung, kann hier vorliegen. Der Berufsglaube, den wir Deutschen haben und pflegen, ist hier keineswegs immer am Platze. Deshalb muß alle „Hauppolitik“, lediglich durch amtliche Schulung Diplomaten erzeugen zu wollen, verworfen werden. Vor allem kann man von einem Missionsschaf nicht verlangen, daß er Zeit und Geist hat, alles zu können und zu bearbeiten. Daher die wichtige und richtige Beigabe von Hilfsarbeitern.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ bezeichnet die soeben beendete Tagung des Völkerbundsrats als die Tagung, der in der Geschichte des Völkerbundes die geringste Bedeutung kommt. Bei der fehlenden Erörterung großer deutsch-französischer Fragen sei die Tatsache des deutschen Vorwesens fast unbemerkt vorübergegangen. Zur Locarnopolitik bemerkt der Korrespondent, daß zu ihr das englische Kabinett geteilte Auffassungen habe. Locarno sollte mehr im Lichte der europäischen Solidarität gegen die Gefahren des Ostens bewertet werden.

Die Sozialdemokraten zum Kompromiß.

Saarbrücken, 13. März. Die sozialdemokratische Partei des Saargebietes hat auf ihrem heute hier abgehaltenen Parteitag eine Entscheidung angenommen, in der sie erklärt, daß in Genf abgeschlossene Kompromiß könne nur als eine Stappe angesehen werden auf dem Wege zu einer weiteren deutsch-französischen Verständigung und damit zu dem Ziele der endgültigen Rückführung des Saargebietes an Deutschland. (W. T. B.)

Diplomatie und Kultur.

Von Georg v. Stieglitz, München.

Neorganisation des auswärtigen Amtes ist ein altes Thema, und es soll gewiß anerkannt werden, daß in den letzten Jahren mit System, sachlich und in personalis, geschickt Besserungen eingetragen. Ein wichtiges Moment war ferner die Auswahl der Hilfsarbeiter für einen Missionschef. Bei allem Verständnis für das Prinzip der Sparlichkeit unter Abbau eines Heeres der Vielzuvielen, besteht aber auch die Einsicht, daß ein Missionschef, trotz etwaiger Anlage und guter Schulung, nicht ein „Allerweltswisser“ sein kann. Wir haben dabei erfreulicherweise von den Engländern, denen man unparteiisch das Zertifikat musterhafter Diplomaten der Zeit vor ausspielen darf, gelernt, daß vor allem der Stab der Handelsattachés vergrößert wurde, da die Wirtschaft jetzt bei den Wiederaufbauplänen fast noch mehr als früher ein wichtiges Problem im Völkerleben bleibt. Aber Wirtschaft ist nicht Politik, obgleich alle politischen Fragen heute zu zwei Dritteln in das Gebiet der Industrie, des Handels und der Finanzen hineinspielen. Ein Drittel bleibt jedoch der politisch-diplomatischen Behandlung vorbehalten, und dieses Drittel darf wohl als das ausschlaggebendste bezeichnet werden. Hier handelt es sich, wie immer wieder hervorgehoben werden muss, um psychologische und kulturelle Probleme. Menschen, welche über eine seine Beobachtungsgabe verfügen und für Menschenbehandlung befähigt sind, müssen hier in die Breite springen. Diplomatik ist nicht erlernbar: jede Bildung, d. h. jede Fachausbildung, kann hier vorliegen. Der Berufsglaube, den wir Deutschen haben und pflegen, ist hier keineswegs immer am Platze. Deshalb muß alle „Hauppolitik“, lediglich durch amtliche Schulung Diplomaten erzeugen zu wollen, verworfen werden. Vor allem kann man von einem Missionsschaf nicht verlangen, daß er Zeit und Geist hat, alles zu können und zu bearbeiten. Daher die wichtige und richtige Beigabe von Hilfsarbeitern.

Nach dem Krieg, als Deutschland noch unter dem deprimierenden Eindruck des glänzenden feindlichen Propagandas stand, wurde bei Beratungen des auswärtigen Staats, wie fürstlich in einer bayrischen Pressemitteilung besont wurde, besonders darauf hingewiesen, daß sich unsere diplomatischen Vertretungen im Auslande in weit höherem Maße als bisher um die Förderung der deutschen Kulturlinie der Reichsgrenzen kümmern müßten. Bei der diesjährigen Beratung des Haushalts, welcher gewiß erfreulicherweise einen Ausbau der Gesandtschaften und Konsulate kennzeichnet, wurde die Schaffung von „Sozialattaches“ erörtert. Sicher ist es von Wert, daß wir uns über soziale Einrichtungen im Ausland auf dem laufenden erhalten; aber in bezug auf maßgebende soziale Einrichtungen waren und sind wir Deutschen doch immer noch auf der Höhe durch Fürstorte und Versteigerungseinrichtungen usw., welche unser armes, von Fremdlingen verhetzte Volk selbst nicht genug anerkennt. Hat doch erst vor nicht langer Zeit ein ausländischer konsularischer Beauftragter dem Schreiber dieser Zeilen offen erklärt: „Sie waren und sind uns immer ein Vorbild für die ganze Welt bei Ihren sozialen Einrichtungen: Sie marchieren damit an der Spitze der Nationen!“ Auch der derzeitige Reichskultusminister hat darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Fragen in den Berichten der Missionen längst eine große Rolle spielen und die Schaffung besonderer Sozialattaches unerwünschte Trennungen auf einem sonst einheitlichen Arbeitsfeld brächte. Bei neuen Vorwiegungen ist die Frage, wie unser geistiges Kulturgut im Ausland richtig zur Geltung gebracht werden kann, wohl wichtiger. Gewiß haben wir manche private Organisationen in dieser Hinsicht. Aber wir müssen, evtl. durch gegenseitigen kulturellen Austausch, unsere besten Gelehrten, Kinder, Ingenieure und Handwerke in die Welt hinaussenden: gerade in jene Gegenden, wo die Menschen noch seelisch unberührter und logisch leichter zu gewinnen sind. Ein „Kulturatlas“ kann seine diplomatischen Kollegen bei Bearbeitung deutscher Interessen wissentlich unterstützen. Mit solchen Kulturpionieren haben wir im letzten Jahrhundert manchen politischen Erfolg gehabt. Bei den Namen B. v. Humboldt, K. v. Schleiermacher und gewiß auch Bismarck lernen wir, daß wissenschaftliche Betätigung in der Politik einen Kulturerfolg unserer Diplomatie brachte. So mit könnten Kulturatlas mit diplomatischer Gewandtheit und frischem Verständnis für kulturelle Eigenarten des Auslandes — aber nicht verflüchtigte Gelehrte — den Missionsschaf eine lukrative Hilfe sein. Die leidige Geldfrage muß gelöst werden: lieber in manchen anderen sogenannten diplomatischen Posten sparen; denn Geist und Kultur ist unbeschreibbar. Kultur bleibt ewig und ist das Band, das Völker und Staaten verbindet. Daher auch für die deutsche Diplomatik vielleicht die vornehmste Aufgabe, den Geist anderer Völker zu gewinnen und deutsche Kultur im Sinne nationalen Aufbaus der Welt zu zeigen und zu erhalten.

Der dänische König besucht Hindenburg.

Berlin, 14. März. Der König von Dänemark posiert am Donnerstag auf der Rückseite von Frankreich Berlin und wird bei dieser Gelegenheit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg einen inoffiziellen Besuch abholen.

Die Abwendung drohender Kriegsgefahr.

Das Ratskomitee in Genf zusammengetreten.

(Durch Funkspur.)

Genf, 14. März. Als Auftakt für die am nächsten Montag beginnende zweite Tagung des Haushaltsschusses für die Vorbereitung der Abstimmungskonferenz ist heute vormittags das Ratskomitee zur Prüfung der Zusammenhänge des Sicherheitsproblems mit dem Artikel 11 und 16 des Völkerbundesatzes unter Vorsitz des deutschen Vertreters, des General-Anwalts a. D. Dr. Goepper, zusammengetreten. In dem Komitee sind sämtliche Staatenvertreter vertreten. Auf Antrag des englischen Delegations-Teils, der zunächst den im Februar in London von De Brocaire, Titoulet und ihm selbst ausgearbeiteten Bericht über Maßnahmen erörterte, die der Völkerbundsrat auf Grund des Artikels 11 im Falle drohender Kriegsgefahr ergreifen könnte, sollen die Verträge im allgemeinen öffentlich geführt werden.

Der Bericht.

dessen Inhalt von der Londoner Tagung her im wesentlichen bekannt ist, sieht für den Fall drohender Kriegsgefahr eine Reihe von Maßnahmen vor, darunter die sofortige Einberufung des Völkerbundsrats und sofortige Aufruforderung der gegnerischen Parteien durch den Ratspräsidenten, sich aller Heimdeliktheiten zu enthalten. Sobald der Rat zusammengetreten ist, soll dieser die gegnerischen Parteien auf die drohende Wichtigkeit der Erhaltung des Friedens ausdrücklich hinweisen, und ferner u. a. folgende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Friedens den gegnerischen Parteien empfehlen: Zurückziehung der Truppen auf beiden Seiten in eine zentrale Zone, die durch den Völkerbundsrat selbst zu bestimmten wäre. Einhaltung von Mobilisierungsmethoden und anderen ähnlichen militärischen Vorbereitungen, die geeignet sind, den Status quo zu ändern.

Der Bericht schlägt außer den gemeldeten Maßnahmen unter anderem auch die umgehende Entsendung von Sachverständigen vor, die in dem betroffenen Gebiet die Entwicklung der Dinge und die Durchführung der vom Rat empfohlenen Maß-

nahmen zwecks Unterrichtung des Rates beobachten sollen. Solche eine Partei soll den Empfehlungen des Rates nicht unterliegen, so soll diesem Staate die Wibbaltung des Rates ausgesprochen und den Staaten selbst die Zurückziehung ihrer diplomatischen Vertreter nahegelegt werden. Als äußerste Maßnahme gegen einen Staat, der entgegen den Empfehlungen des Rates seine militärischen Vorbereitungen oder seine feindlichen Handlungen nicht einstellt, wird in dem Bericht von einer Flotten- oder Flugzeugdemonstration aller oder eines Teiles der Staaten gesprochen. Kommt es trotz dieser Maßnahmen zum Krieg, so wäre es, wie es in dem Bericht schließlich heißt, wahrscheinlich möglich, auf Grund des Verhaltens gegenüber diesen Maßnahmen den Angreifer zu bestimmen. In diesem Fall könnte man zu einer raschen und wirksamen Ausführung der Bestimmungen des Artikels 16 schreiten. (W. T. B.)

Keine deutsche Vermittlung in der Bessarabienfrage!

Berlin, 14. März. Rumänische Blätter verbreiten, Deutschland wolle in der Bessarabienfrage zwischen Russland und Rumänien vermitteln. Das ist nicht der Fall. Die deutsche Regierung wird sich schwer tun, in ein Gespräch einzutreten, zumal augenscheinlich wirtschaftliche Verhandlungen zwischen Deutschland und Rumänien im Gange sind.